



Medienmitteilung

Nationale Abstimmungen

Ja zur Abzockerinitiative, die Junge BDP fordert eine europäische Vereinbarung zur Bekämpfung von Managerboni

Die Junge BDP Schweiz bedauert das Abstimmungsergebnis zur Abzockerinitiative, respektiert aber den Entscheid des Volkes. Die Debatte zur Umsetzung der Initiative ist bereits in vollem Gange. Für die JBDP Schweiz ist es nun an der Zeit über die sinnvolle Umsetzung der Initiative zu sprechen. Die Bekämpfung hoher Managerlöhne ist nur auf einer internationalen Basis lösbar. Der Bundesrat wird aufgefordert eine Globallösung in Europa zur Bonidebatte aufzugleisen. Ein Alleingang der Schweiz in dieser Debatte à la 1:12-Initiative wäre Gift für die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz.

Der Wille des Volkes zur Beschränkung von zu hohen Boni ist nicht nur in der Schweiz ein Phänomen. Die Europäische Union hat erste Regelungen zum Verhältnis zwischen Boni und Löhne für Banker entwickelt. Die Junge BDP Schweiz ist der Meinung dass auf diesem Weg weitergearbeitet werden kann. Ein Alleingang, wie ihn die Linke wünscht, hätte katastrophale Folgen für den Werkplatz Schweiz.

Die JBDP Schweiz ist der Meinung, dass einzig eine europäische bzw. eine globale Lösung dieses Problems zu einer langfristigen und nachhaltigen Einschränkung der überrissenen Boni führt. Daher fordern wir den Bundesrat auf, Gespräche auf europäischer und internationaler Basis zu führen um eine Globallösung für Boni zu finden. Die Berichterstattung der internationalen Medien zeigt, dass die Schweiz mit der Abzockerinitiative eine erste Diskussionsgrundlage besitzt, welche auch international Anerkennung findet. Eine Kombination aus den EU-Regeln für Finanzinstitute und der Aktionärsrechtsverstärkung auf Basis der Abzockerinitiative sollte hierbei im Fokus liegen.

Die JBDP ist weiterhin nicht für den EU-Beitritt der Schweiz und erachtet den bilateralen Weg als beste Lösung.

Die JBDP Schweiz hat zudem die weiteren Resultate dieses Abstimmungssonntag zur Kenntnis genommen. Die Annahme der Revision des Raumplanungsgesetzes ermöglicht nun eine zukunftsorientierte und nachhaltige Raumplanung für die Schweiz. Das Nein zum Familienartikel bedeutet kein Nein zur Familie. Die JBDP setzt sich weiterhin für den Grundsatz ein, dass Erziehung Sache der Familie ist und gefördert werden muss.

Auskunft:

Filip Winzap, Präsident JBDP Schweiz: 076 367 84 42

Basel, 03. März 2013